

Förderbekanntmachung



**Gemeinsamer
Bundesausschuss**
Innovationsausschuss

**des Innovationsausschusses beim
Gemeinsamen Bundesausschuss
zur Förderung von Versorgungsforschung
gemäß § 92a Abs. 2 Satz 5 SGB V:
Forschungsprojekte zur Evaluierung von
Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschus-
ses**

Vom 8. April 2016

1 Förderzweck, Rechtsgrundlage

1.1 Förderzweck

Die Versorgung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung muss kontinuierlich weiterentwickelt werden, um für alle Patientinnen und Patienten eine flächendeckende und gut erreichbare, bedarfsgerechte medizinische Versorgung auf hohem Niveau sicherzustellen. Besondere Herausforderungen hierbei sind u. a. die demografische Entwicklung, namentlich die Zunahme älterer und hochbetagter Patientinnen und Patienten mit chronischen und Mehrfacherkrankungen sowie Einschränkungen und Pflegebedürftigkeit. Weitere Herausforderungen sind die Umsetzung neuer Möglichkeiten der Behandlung im Versorgungsalltag, die Ermöglichung einer sektorenübergreifenden Versorgung einschließlich geeigneter Schnittstellen zu Prävention, Rehabilitation und Pflege. Zudem sind unterschiedliche Versorgungssituationen in Ballungsräumen, strukturschwachen Regionen und ländlichen Regionen zu berücksichtigen. Um die hierfür notwendigen Innovationen für die Versorgung zu entwickeln und zu erproben, hat der Gesetzgeber den Innovationsfonds geschaffen. Mit dem Innovationsfonds sollen sowohl neue Versorgungsformen als auch Versorgungsforschung gefördert werden.

Die Versorgungsforschung hat die Aufgabe, wissenschaftliche Grundlagen für Lösungen zur Gestaltung, Organisation und Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens zu schaffen. Versorgungsforschung wird hier verstanden als die wissenschaftliche Untersuchung der Versorgung des Einzelnen und der Bevölkerung mit gesundheitsrelevanten Produkten und Dienstleistungen unter Alltagsbedingungen. Versorgungsforschung bezieht sich auf die Wirklichkeit der medizinischen Versorgung.

Die Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung (SAPV) wurde im Jahr 2007 als neue Leistung in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen. Die SAPV gemäß § 37b SGB V soll die Lebensqualität und die Selbstbestimmung von Palliativpatientinnen und Palliativpatienten so weit wie möglich erhalten, fördern und verbessern. Sie soll den Betroffenen ein menschenwürdiges Leben bis zum Tod in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung, in stationären Pflegeeinrichtungen (§ 72 Abs. 1 SGB XI) und stationären Hospizen ermöglichen. Das Nähere über die Leistungen, insbesondere die Anforderungen an die Erkrankungen sowie an den besonderen Versorgungsbedarf der Versicherten, Inhalt und Umfang der Leistungen sowie das Verhältnis zur ambulanten Versorgung, hat der Gemeinsame Bundesausschuss in der Richtlinie zur Verordnung von spezialisierter ambulanter Palliativversorgung (SAPV-Richtlinie) geregelt (<https://www.g-ba.de/institution/themenschwerpunkte/sapv/richtlinie/>). Ziel dieses Förderangebotes ist es, Projekte zur Evaluation der bestehenden SAPV-Richtlinie zu fördern. Die Evaluation soll Erkenntnisse liefern, die vom G-BA zur Weiterentwicklung der Richtlinie übernommen werden können oder dem Gesetzgeber als Grundlage für strukturelle Veränderungen des gesetzlichen Rahmens dienen können.

Zudem werden auf der Grundlage gesonderter Förderbekanntmachungen neue Versorgungsformen, die über die Regelversorgung hinausgehen, Forschungsprojekte zur Verbesserung der bestehenden Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie Projekte zur Evaluation von Selektivverträgen nach §§ 73c und 140a SGB V in der am 22. Juli 2015 geltenden Fassung gefördert. Diese Förderbekanntmachungen wurden zeitgleich veröffentlicht (<https://innovationsfonds.g-ba.de/versorgungsformen/>; <https://innovationsfonds.g-ba.de/versorgungsforschung/>).

1.2 Rechtsgrundlage

Der Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss gewährt Mittel zur Förderung der Versorgungsforschung auf der Grundlage der §§ 92a und 92b SGB V. Die Förderung erfolgt unter Berücksichtigung der weiteren Vorschriften des SGB V, der Vorschriften zum Verwaltungsverfahrensgesetz gemäß SGB X, der Verfahrensordnung des Innovationsausschusses (<https://innovationsfonds.g-ba.de/innovationsausschuss/verfo/>) sowie in entsprechender Anwendung der Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung (SVHV), insbesondere § 17 SVHV. Zudem gilt das Wirtschaftlichkeitsgebot gemäß § 12 SGB V.

Soweit wirtschaftlich tätige Antragsteller gefördert werden, erfüllt die Förderung nach dieser Förderbekanntmachung die Voraussetzungen der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der EU-Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung“ - AGVO, Amtsblatt L 187 vom 26. Juni 2014, S. 1) und ist demnach im Sinne von Artikel 107 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union freigestellt.

Einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, dürfen gemäß Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe a und b AGVO keine Einzelbeihilfen gegeben werden.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Förderung besteht nicht. Der Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der jährlich verfügbaren Fördermittel.

2 Gegenstand der Förderung

Es werden Projekte gefördert, die die Evaluation der bestehenden SAPV-Richtlinie zum Ziel haben. Die Evaluation der SAPV-Richtlinie kann u. a. die folgenden Aspekte berücksichtigen:

- Bestandsaufnahme zur Leistungserbringung im Rahmen der SAPV,
- regionale Unterschiede zur Leistungserbringung der SAPV,
- Abhängigkeit der Leistungserbringung der SAPV von der regional verfügbaren Palliativversorgung,

- Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität der SAPV,
- Evidenz zur Wirksamkeit der SAPV,
- Empfehlungen zur Weiterentwicklung der SAPV-Richtlinie.

3 Förderempfänger

Antragsberechtigt sind insbesondere staatliche und nicht-staatliche Hochschulen und außer-universitäre Forschungseinrichtungen.

4 Förderkriterien

4.1 Qualifikation und Vorerfahrung der Antragsteller

Die Antragsteller müssen durch einschlägige Erfahrungen und Vorarbeiten zur Themensetzung dieser Förderbekanntmachung ausgewiesen sein. Diese sind durch entsprechende Publikationen nachzuweisen. Die für die Zielerreichung des beantragten Projektes erforderlichen Partner in Wissenschaft und Praxis sind bereits bei der Erstellung des Antrages zu beteiligen.

4.2 Methodische und wissenschaftliche Qualität

Voraussetzung für die Förderung ist die hohe methodische und wissenschaftliche Qualität des Forschungsantrages zur Evaluation der SAPV-Richtlinie. Das Vorhandensein der hierfür erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen muss im Antrag belegt werden. Der Antrag muss ein tragfähiges und ergebnisorientiertes Evaluationskonzept enthalten, das nationalen und internationalen methodischen Standards entspricht.

4.3 Verwertungspotenzial

Die zu erwartenden Ergebnisse müssen ein hohes Verwertungspotenzial zur Weiterentwicklung der G-BA-Richtlinie aufweisen. Die Empfehlungen zur Weiterentwicklung der G-BA-Richtlinie müssen aus den Evaluationsergebnissen ableitbar und in der Regelversorgung umsetzbar sein.

4.4 Machbarkeit des Projektes in der Laufzeit

Der Arbeits-, Zeit- und Meilensteinplan muss realistisch und in der Laufzeit des Projektes durchführbar sein. Die Erreichbarkeit angestrebter Fallzahlen muss im Antrag plausibel dargestellt werden. Strukturen und Prozesse des Projektes sind zu beschreiben.

4.5 Angemessenheit der Ressourcen- und Finanzplanung

Die beantragten Mittel zur Projektdurchführung müssen angemessen und notwendig sein.

5 Fördervoraussetzungen

5.1 Datenschutzrechtliche Standards

Die Antragsteller sind verpflichtet, einschlägige datenschutzrechtliche Bestimmungen einzuhalten.

5.2 Ethische und wissenschaftliche Standards

Die Antragsteller sind verpflichtet, ethische und wissenschaftliche Standards einzuhalten. Die entsprechenden Standards sind im Leitfaden (https://innovationsfonds.g-ba.de/downloads/media/18/2016-04-08_Leitfaden_Eva_SAPV.pdf) zu dieser Förderbekanntmachung näher spezifiziert.

5.3 Zugänglichkeit der Ergebnisse

Die Antragsteller sind verpflichtet, eine umfassende Transparenz in der Berichterstattung sicherzustellen. Hierzu gehört insbesondere eine ergebnisunabhängige Publikation der Evaluationsergebnisse.

5.4 Evaluierende Maßnahmen

Die Förderempfänger sind verpflichtet, sich an möglichen übergreifenden evaluierenden Maßnahmen zu beteiligen und Informationen für die Bewertung des Erfolgs der Förderung im Rahmen des Innovationsfonds bereitzustellen.

Entsprechende Eigenerklärungen der Antragsteller sind dem Antrag beizufügen.

6 Art, Umfang und Höhe der Förderung

Die Förderungen können im Wege einer Projektförderung als Zuwendungen in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse gewährt werden.

Projekte können in der Regel für einen Zeitraum von bis zu 2 Jahren gefördert werden.

Förderfähig für Antragsteller ist der projektbedingte Mehraufwand, wie Personal- und Sachmittel (u. a. Verbrauchs- und Reisemittel), die nicht der Grundausrüstung des Antragstellers zuzurechnen sind. Weiterhin sind Ausgaben, die unmittelbar für die Umsetzung des Forschungsprojektes unabdingbar und wirtschaftlich im Verhältnis zu dem geförderten Versorgungsforschungsprojekt sind, förderfähig.

Zur Deckung der mit dem Förderzweck zusammenhängenden Ausgaben können pauschal bis zu 25 % der beantragten Personalausgaben geltend gemacht werden.

Bemessungsgrundlage sind die förderfähigen projektbezogenen Ausgaben, die individuell bis zu 100 % gefördert werden können.

7 Sonstige Förderbestimmungen

Die zum Förderbescheid verpflichtenden Bestimmungen sind in den Allgemeinen Hinweisen und Nebenbestimmungen (https://innovationsfonds.g-ba.de/downloads/media/8/2016-04-08_AHNBest-IF.pdf) niedergelegt. Der Innovationsausschuss kann im Förderbescheid Ausnahmen von den Nebenbestimmungen erlassen und weitere besondere Nebenbestimmungen individuell festlegen.

Im Übrigen gelten für die Bewilligung und Auszahlung sowie den Nachweis und die Prüfung der Verwendung der Förderung die Verfahrensordnung des Innovationsausschusses sowie die Regelungen des SGB X (§§ 31 ff.). Diese Regelungen finden auch bei einer gegebenenfalls erforderlichen Aufhebung des Förderbescheids oder bei Rückforderung der gewährten Förderung Anwendung.

8 Verfahren

8.1 Einschaltung eines Projektträgers, Antragsunterlagen und sonstige Unterlagen

Mit der Abwicklung der Fördermaßnahme hat der Innovationsausschuss folgenden Projektträger beauftragt:

DLR Projektträger
- Gesundheitsforschung -
Heinrich-Konen-Straße 1
53227 Bonn
Telefon: 0228-3821-1210
Telefax: 0228-3821-1257
Internet: www.dlr-pt.de
E-Mail: innovationsfonds-versorgungsforschung@dlr.de

Ansprechpersonen sind:

Dr. Birgit Löer
Telefon: 0228-3821-3000

Dr. Tina Weber
Telefon: 030-67055-467

Es wird empfohlen, zur Beratung mit dem Projektträger Kontakt aufzunehmen. Weitere Informationen und Erläuterungen sind dort erhältlich.

8.2 Auswahlverfahren

Die vollständigen Anträge sind dem Projektträger

bis spätestens 5. Juli 2016, 15.00 Uhr

in elektronischer Form vorzulegen. Bei Konsortiumsprojekten ist der Antrag durch die vorgesehene Projektkoordinatorin oder den vorgesehenen Projektkoordinator einzureichen. Die Einreichung erfolgt elektronisch über ein Internet-Portal (https://secure.pt-dlr.de/ptoutline/app/SAPV_2016). Dort ist erstens ein Datenblatt für den Antrag auszufüllen und zweitens der Antrag elektronisch zu übermitteln. Eine genauere Anleitung findet sich im Portal. Eine Vorlage per E-Mail oder Telefax ist nicht möglich.

Anträge, die nach dem oben angegebenen Zeitpunkt eingehen, können möglicherweise nicht mehr berücksichtigt werden. Verbindliche Anforderungen an Anträge sind in einem Leitfaden (https://innovationsfonds.g-ba.de/downloads/media/18/2016-04-08_Leitfaden_Eva_SAPV.pdf) niedergelegt. Anträge, die den in dieser Förderbekanntma-

chung oder im Leitfaden dargestellten Anforderungen nicht genügen, können ohne weitere Prüfung abgelehnt werden. Dabei darf für die Anträge ein Umfang von maximal 20 DIN-A4-Seiten (Arial, Schriftgrad 11, 1,5-zeilig) zuzüglich Anlagen nicht überschritten werden.

Die eingegangenen Anträge müssen den Gegenstand der Förderung (siehe Ziffer 2) und die Fördervoraussetzungen (siehe Ziffer 5) erfüllen. Sie werden entsprechend der unter Ziffer 4 benannten Kriterien unter Einbeziehung des Expertenbeirats des Innovationsausschusses bewertet. Nach abschließender Antragsprüfung entscheidet der Innovationsausschuss über die Förderung.

Das Auswahlresultat wird den Interessenten schriftlich mitgeteilt.

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Rückgabe von eingereichten Anträgen und evtl. weiterer vorgelegter Unterlagen. Für die Erstellung der Anträge wird keine Aufwandsentschädigung gewährt.

9 Inkrafttreten

Die Förderbekanntmachung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im Internet auf den Internetseiten des Gemeinsamen Bundesausschusses am 8. April 2016 in Kraft.

Berlin, den 8. April 2016

Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss
gemäß § 92b SGB V
Der Vorsitzende

Prof. Hecken